

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Landesfrauenrat

Datum: 06.07.2026

Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um eine ressortübergreifende, verbindliche Gleichstellungsstrategie für Sachsen-Anhalt umzusetzen?

Gleichstellung ist für uns die Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und sozialen Zusammenhalt. Gleichstellung entscheidet darüber, ob Frauen und Männer ihre Fähigkeiten entfalten und gleichberechtigt an Gesellschaft, Arbeit und Politik teilhaben können.

Ein Land, das Frauen nicht schützt, nicht beteiligt und nicht gleichstellt, verschenkt Potenziale, schwächt seine Demokratie und handelt ungerecht. Wo Frauen und Männer gleichgestellt sind, werden wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, demokratische Kultur und sozialer Zusammenhalt gestärkt. Die SPD Sachsen-Anhalt versteht Gleichstellung deshalb als verbindlichen Maßstab politischen Handelns – in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen staatlicher Verantwortung.

Wir stehen für eine systematische Verankerung von Gleichstellung in allen Ressorts der Landesregierung bzw. Politikfeldern, u.a. durch das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt, in dem Gleichstellung als verbindliche Querschnittsaufgabe für alle Ministerien definiert ist. Die systematische Umsetzung erfolgt durch zentrale Instrumente und Maßnahmen, u.a. durch Gleichstellungschecks und Gesetze und deren Weiterentwicklung (Bsp. Novellierung des Frauenfördergesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz), durch Gender Budgeting im Landeshaushalt oder das Erreichen von Zielvorgaben für die jeweiligen Politikfelder.

In den letzten Jahren konnten einige Fortschritte in der Gleichstellung erreicht werden. Dies belegt der 10. Bericht über die Umsetzung des Frauenfördergesetzes. Darin zeigt sich, dass die Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt Fortschritte in der Frauen- und Gleichstellungspolitik erzielt hat. Der Bericht zeigt, dass Frauen in der Landesverwaltung inzwischen stark vertreten sind. Weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden ausgebaut und gezielte Programme zur Förderung von Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung gestärkt.

Der Bericht macht aber auch deutlich, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um Gleichstellung in allen Bereichen der Verwaltung zu erreichen. Das bleibt für uns auch Handlungsauftrag und dauerhafte Querschnittsaufgabe,

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

um bestehende Instrumente weiterzuentwickeln. Für die kommende Wahlperiode wollen wir das Frauenfördergesetz modernisieren, um Gleichstellung in Verwaltung, Wirtschaft und Politik zu sichern. In Zeiten zunehmenden Antifeminismus werden Gleichstellungsbeauftragte gestärkt, ihre Rechte ausgebaut, ihre Arbeit abgesichert und mit einem eigenen Klagerecht versehen. Die Landesprogramme „Für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ und „Queer leben in Sachsen-Anhalt“ werden fortgeführt, weiterentwickelt und mit verbindlichen Zielen, ausreichenden Mitteln und klarer Zuständigkeit ausgestattet.

Was werden Sie zur Vermeidung und Bekämpfung von Frauen*armut, insb. von alleinerziehenden Frauen*, unternehmen?

Frauen verdienen faire Chancen auf gute Arbeit, sichere Ausbildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Noch immer führen traditionelle Rollenbilder, ungleiche Verteilung von Sorgearbeit und strukturelle Benachteiligungen dazu, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, schlechter bezahlt werden oder seltener Führungsverantwortung übernehmen. Diese Ungleichheiten wollen wir gezielt abbauen.

Die SPD Sachsen-Anhalt verfolgt eine Arbeitsmarktpolitik, die soziale Sicherheit, Gleichstellung und wirtschaftliche Teilhabe zusammenführt. Wir setzen uns für

- tarifgebundene, existenzsichernde Beschäftigung und starke Mitbestimmung,
- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft,
- bessere Rahmenbedingungen für Alleinerziehende,
- den Ausbau individueller Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien,
- geschlechtersensible Berufsorientierung zur stärkeren Gewinnung von Mädchen und jungen Frauen für MINT-Berufe und das Handwerk,
- die Aufwertung sozialer, pflegerischer und erzieherischer Berufe,
- faire Praktika und die Ausweitung der Praktikumsprämie insbesondere auf Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe, schulgeldfreie Ausbildung in den Gesundheitsberufen,
- vergütete Pflichtpraktika dort, wo das Land zuständig ist,
- die Stärkung von Weiterbildung und Bildungszeit,
- beschleunigte und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse,
- eine integrationsorientierte Fachkräftepolitik ohne unnötige Arbeitsverbote, ein.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Zudem wollen wir die Beteiligung von Frauen in Führungspositionen stärken und Gleichstellung verbindlich als Maßstab politischen Handelns etablieren. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und Schutz vor Armut.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten, insbesondere in Hinblick auf die Geburtshilfe?

Gesundheitspolitik muss die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen stärker berücksichtigen. Noch immer bestehen Versorgungslücken bei psychischer Gesundheit, reproduktiver Selbstbestimmung und geschlechtersensibler Medizin. Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielerorts an niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Die SPD Sachsen-Anhalt will Gesundheitspolitik stärker an den tatsächlichen Bedarfen von Frauen und jungen Menschen ausrichten.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- eine geschlechtersensible Gesundheitsversorgung als verbindlichen Bestandteil der Gesundheitspolitik,
- den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Präventionsangebote,
- die Stärkung psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgungsstrukturen,
- bessere Übergänge zwischen ambulanter, stationärer und aufsuchender Versorgung,
- passgenaue Beratungsangebote für queere Menschen,
- wohnortnahe Angebote im Bereich Schwangerschaftsabbrüche,
- einen diskriminierungsfreien Zugang zu Verhütungsmitteln,
- kostenfreie Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen und öffentlichen Gebäuden,
- die stärkere Verankerung geschlechtersensibler Medizin in Forschung und Lehre,
- die Unterstützung der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie einen Rechtsanspruch auf Beratung statt Beratungspflicht.

Darüber hinaus wollen wir Gesundheitskompetenz und Prävention in Schulen stärken und digitale sowie mobile Angebote ausbauen, damit junge Frauen unabhängig vom Wohnort Zugang zu Unterstützung erhalten.

Wir stehen dafür, dass die wohnortnahe Geburtshilfe ein unverzichtbarer

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Bestandteil der medizinischen Daseinsvorsorge im Land ist. Wir wollen bestehende Geburtsstationen sichern, sofern die medizinische Qualität gewährleistet ist. Dazu wurden sogenannte Sicherstellungsaufträge ausbezahlt, um Strukturen zu halten. Hebammengeführte Kreißsäle werden gezielt ausgebaut. Jede Frau soll die Wahl haben, in einem Umfeld zu gebären, das ihre Bedürfnisse und Wünsche in den Mittelpunkt stellt. Die Herausforderung in den nächsten Jahren besteht darin eine qualitativ hochwertige medizinische Gesundheitsversorgung im Land – sowohl stationär als auch ambulant zu sichern, der demographischen Entwicklung und wirtschaftlichen Entscheidungen gerecht zu werden. Insbesondere in der Kinder- und Jugendmedizin und in der Geburtshilfe gilt es, Strukturen vorzuhalten und auch dem hohen Qualitätsanspruch zu entsprechen.

Wie adressieren Sie geschlechterstereotype Berufsrollenbilder und deren Einfluss auf die Berufswahlentscheidung?

Der Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf ist eine entscheidende Phase. Die Berufs- und Studienorientierung wird an allen Schulformen ausgebaut. Praktika, Kooperationen mit Betrieben und Programme zur Berufsorientierung unterstützen Jugendliche bei der Berufsfindung. Um frühzeitig traditionelle Geschlechterbilder „aufzubrechen“ benötigt es bereits in Kita und Schule geschlechtergerechte und geschlechtersensible Bildungsangebote, die die Vielfalt von Familien, Lebensformen und Bildern vermitteln. Für den Schulbereich werden regelmäßig Lerninhalte, Schulbücher auf Geschlechterstereotypen überprüft. Im Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind verschiedene Maßnahmen über alle Ressorts aufgeführt, die sensibilisieren, weiterbilden und in Maßnahmen umsetzen.

Um eine geschlechterstereotype Auswahl von Berufen und unbewusste Grenzen „aufzubrechen“ wird die Berufsorientierung frei von Klischees und geschlechtersensibel und praxisnah gestaltet. Eine geschlechtersensible Berufsorientierung zur stärkeren Gewinnung von Mädchen und jungen Frauen für MINT-Berufe und das Handwerk, die Aufwertung sozialer, pflegerischer und erzieherischer Berufe und eine schulgeldfreie Ausbildung in den Gesundheitsberufen, faire Praktika und die Ausweitung der Praktikumsprämie insbesondere auf Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe. Projekte wie der Girls' Day versuchen traditionelle Berufswahlmuster aufzubrechen, indem sie gezielt Einblicke in geschlechtsuntypische Berufsfelder ermöglichen.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wie wollen Sie sorgende Personen unterstützen und welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Care-Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen?

Noch immer tragen Frauen den größeren Teil der Sorgearbeit und erleben dadurch berufliche Nachteile. Wir schaffen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und verlässliche Rahmenbedingungen für eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, die sich viele junge Familien ausdrücklich wünschen.

Mit unserem Kifög haben wir ein gutes und verlässliches Betreuungssystem mit einem gesetzlich verankerten ganztägigen Betreuungs- und Bildungsanspruch, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem von alleinerziehenden Frauen ermöglicht.

Es benötigt aber auch die gesellschaftliche Diskussion, dass Frauen dies alles erreichen können und dass Männer – ob in einer Partnerschaft oder nicht – diese unterstützen und mehr partnerschaftliche Sorgearbeit übernehmen.

Um frühzeitig traditionelle Geschlechterbilder „aufzubrechen“ benötigt es bereits in Kita und Schule geschlechtergerechte und geschlechtersensible Bildungsangebote, die die Vielfalt von Familien, Lebensformen und Bildern vermitteln. So können bspw. im freien Spiel Kinder geschlechtstypische Verhaltensweisen und Rollen vorurteilsfrei erproben und hinterfragen oder es kommen Materialien zum Einsatz (wie Kinderbücher), die dies begleiten. Für den Schulbereich werden regelmäßig Lerninhalte, Schulbücher auf Geschlechterstereotypen überprüft. Im Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind verschiedene Maßnahmen über alle Ressorts aufgeführt, die sensibilisieren, weiterbilden und in Maßnahmen umsetzen.

Welche Schritte planen Sie, um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie die Betreuungssituation für zu pflegende Personen zu verbessern?

Die meisten pflegebedürftigen Personen werden Zuhause von den Angehörigen gepflegt. Sie brauchen Unterstützung und Begleitung (mit Schulungen), um Überforderung zu vermeiden und eine qualitätvolle Pflege zu gewährleisten. Es gibt zahlreiche Maßnahmen, u.a. Entlastungsangebote wie Verhinderungspflege, um pflegenden Angehörigen Auszeiten zu ermöglichen. Daneben gibt es den Entlastungsbetrag in Höhe von 131 Euro monatlich für anerkannte Betreuungs- und Entlastungsleistungen (ab Pflegegrad 1), die sogenannte Nachbarschaftshilfe, die sehr erfolgreich im

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Land gelebt wird. Dies zeigt, in Sachsen-Anhalt ist man für seine Nachbarn da und unterstützt im Alltag. Um eigenen Überforderungen entgegenzuwirken und sich auszutauschen, gibt es zahlreiche Selbsthilfegruppen für pflegende Angehörige. Eine Kürzung oder Einschränkung der Leistungen lehnen wir entschieden ab.

In unserem Wahlprogramm heißt es: „Die Pflege ist eine der großen sozialen Fragen der kommenden Jahre. Gute Pflege braucht Zeit, Fachkräfte und verlässliche Strukturen. Sie darf nicht zur Überforderung für Pflegebedürftige und Angehörige werden. Die rechtliche Vertretung pflegender Angehöriger in Pflegeausschüssen des Landes, sowie regionalen und kommunalen Pflegegremien wird angestrebt, um deren Stimmen und Bedürfnisse zu stärken.

Welche konkreten Anstrengungen unternehmen Sie innerhalb Ihrer Partei, um Frauen* mehr Zugang zu politischen Ämtern zu ermöglichen, und haben Sie dafür konkrete Zielvereinbarungen?

Die SPD ist die Gleichstellungspartei. Uns liegt Gleichstellung nicht nur am Herzen, sondern wird in der Partei gelebt und vehement eingefordert. Laut § 11 des SPD-Organisationsstatuts gibt es eine 40-%-Geschlechterquote. Demnach müssen Frauen und Männer in allen Funktionen und Mandaten der Partei zu mindestens 40 % vertreten sein. Diese Quote gilt für alle Mehrpersonengremien (wie Vorstände), Delegationen und innerparteilichen Gremien.

Sowohl die SPD im Bund, als auch die in Sachsen-Anhalt haben eine paritätische Doppelspitze bestehend aus Dr. Andreas Schmidt und Juliane Kleemann. Bei unseren Listen zu Aufstellung von Wahllisten für Parlamente und kommunale Vertretungen gibt es das sogenannte Reißverschlussprinzip, das heißt, dass alle Listen alternierend (abwechselnd mit Frauen und Männern) besetzt werden. Die Partei veröffentlicht regelmäßige Gleichstellungsberichte, wo die Entwicklungen der Gleichstellung und deren Fortschritte überprüft werden.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die politische Teilhabe von Frauen* und die Vertretung von deren Anliegen im parlamentarischen Prozess stärken?

Als SPD haben wir eine paritätische Landesliste, die garantiert, dass Männer und Frauen gleich vertreten sind. Es ist zu beobachten, dass Frauen im Parlament in den letzten Jahren, u.a. von der rechtsextremen Partei AfD massiv verbal unter Druck gesetzt werden und öfter Angriffen, Beleidigungen und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Bei Redebeiträgen von Frauen werden diese öfter gestört, dazwischengerufen, gepöbelt etc. Wir setzen uns für eine Sitzungsleitung ein, die dies stärker sanktioniert.

Die SPD-Fraktion steht für alle gleichstellungs- und frauenpolitischen Fragen und Anliegen stets zur Verfügung und setzt auf dem Feld der Gleichstellungspolitik Prioritäten, u.a. war es die SPD die eine Aktuelle Debatte zu Digitaler Gewalt angemeldet hat.

Wie wollen Sie ein flächendeckendes barrierearmes Hilfesystem in Sachsen-Anhalt im Sinne des Gewalthilfegesetzes etablieren, das für alle Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt zugänglich ist?

Kein Mädchen und keine Frau soll in ihrem Leben Gewalt erfahren. Leider ist die geschlechtsspezifische Gewalt auch in Sachsen-Anhalt hoch und hat in den letzten Jahren zugenommen. Die polizeilich erfassten Fälle häuslicher Gewalt stiegen im 5-Jahres-Vergleich von 2020 bis 2024 um rund 33 Prozent. Zudem ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen.

Jede Betroffene hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt. Keine Frau darf in Sachsen-Anhalt ohne Schutz und Hilfe bleiben. Das es Bedarf gibt, zeigt, dass die Beratungsstellen mehr Beratungen durchführen. Jede Betroffene soll schnell, sicher und ohne Hürden Unterstützung finden – überall im Land.

Der Ausbau von Frauenhäusern und Schutzwohnungen wollen wir im ganzen Land weiter vorantreiben. Die Beratungsinfrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, wird gestärkt – durch wohnortnahe Außenstellen, mobile Beratungsangebote für Betroffene und ihre Kinder und digitale Zugänge. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Um im ländlichen Raum Krisenintervention, Schutz- und Sicherheitsplanung sowie Begleitung in Fällen von Frauenhandel, Zwangsverheiratung und ehrbezogener Gewalt weiterhin zu gewährleisten, erweitern wir die Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung in Sachsen-Anhalt (Vera) um eine Zweigstelle im südlichen Sachsen-Anhalt.“

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Barrierefreiheit muss selbstverständlich sein. Finanzielle Sicherheit für die Einrichtungen stärken wir durch mehrjährige Förderverträge, Beschäftigte sollen tariflich vergütet und Rufbereitschaften entlohnt werden. In den letzten fünf Jahren konnten viele Frauenhäuser baulich ertüchtigt, Personal aufgestockt und besser bezahlt und Hauswirtschafterinnen eingestellt werden.

Das Gewalthilfegesetz ist ein Meilenstein im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt: 35 Jahre nachdem in Leipzig das erste Frauenhaus in Ostdeutschland eröffnet wurde, übernimmt der Bund erstmalig Mitverantwortung und unterstützt die Länder finanziell. Erstmals wird damit ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt geschaffen. Der Bund wird sich am Ausbau und Betrieb des Hilfesystems für von Gewalt Betroffene Frauen und deren Kindern beteiligen. Der Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung sowie der Ausbau der Hilfsangebote werden entscheidend dazu beitragen, den Zugang für Betroffene zu verbessern.

Als SPD in Regierungsverantwortung werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent im Land umsetzen. Ziel ist es, mit klaren Strukturen, guter Kommunikation und enger Zusammenarbeit an den Schnittstellen die Angebote weiterzuentwickeln, damit Frauen, die Hilfe benötigen, auch Hilfe erhalten. Dies soll ressortübergreifend und unter Einbindung der fachlich zuständigen Stellen sowie der Praxis des Hilfesystems erfolgen. Die Erkenntnisse des Forschungs- und Entwicklungsprojektes WEMO werden dabei als fachliche Grundlage herangezogen und in eine landesweite Ausgangs- und Bedarfsanalyse im Sinne des § 8 Gewalthilfegesetz überführt. Es wird landesweite Abfragen im Hilfesystem und ein Entwicklungsplanung durchgeführt, um dann im Austausch mit der Fachpraxis Regionale Planungskonferenzen durchzuführen, die ab Juni 2026 stattfinden sollen. Bis Ende des Jahres 2026 ist der Abschluss der Ausgangs- und Bedarfsanalyse vorgesehen. Ab 2027 sollen weitere Schritte, u.a. Gesetzgebung und Haushaltsplanung, erfolgen. Wir werden uns in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, dass dies auch so umgesetzt wird.

Der Bundesrat hat am 12. Juni 2026 die Änderung des Gewaltschutzgesetzes beschlossen. Mit dem neuen Gesetz gibt es nun rechtliche Möglichkeiten zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Nachstellungen. Familiengerichte können in Hochrisikofällen eine elektronische Aufenthaltsüberwachung („elektronische Fußfessel“) anordnen, um die Einhaltung von Gewaltschutzanordnungen wirksamer überwachen zu können. Zudem wird die Verpflichtung von Tätern zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen („Täterarbeit“) Bestandteil des

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Gesetzes. Ein weiterer Punkt ist die Verschärfung des Strafrahmens und erweiterte Auskunftsmöglichkeiten. Das Gesetz sieht zudem neue Regelungen des Strafrahmens (bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe) für Verstöße gegen Gewaltschutzanordnungen und die Mitwirkungspflicht bei der eAÜ vor. Darüber hinaus erhalten Familiengerichte künftig die Möglichkeit, zur Gefährdungsanalyse in Gewaltschutz- und Kindschaftssachen Auskünfte aus dem Waffenregister einzuholen – ein weiterer Schritt zu einem umfassenden und risikoorientierten Opferschutz.

Was werden Sie tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und rassistischen, sexistischen und antifeministischen Einstellungen entgegenzuwirken?

Wir beobachten seit einigen Jahren eine Zunahme von rassistischen, antisemitischen und weiteren extremistischen Einstellungen, die sich gegen die gesellschaftlichen Fortschritte der letzten Jahre wenden. Damit werden wir uns als SPD nicht abfinden. Wir setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und demokratiefeindlichen Einstellungen auf allen Ebenen entschieden entgegenzuwirken.

Wir werden die rassismuskritische Bildungsarbeit in Verwaltung, Schulen und Polizei ausbauen, interkulturelle Bildung, Schulsozialarbeit und Elternarbeit verstetigen und die konsequente Extremismusprävention, Beratungsnetzwerke und zivilgesellschaftliche Initiativen weiter unterstützen. Wir treten aktiv für den Schutz von Frauenrechten sowie geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ein und begegnen dem erstarkenden Antifeminismus durch Aufklärung.

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen möchten Sie voranbringen, um digitale Gewalt zu verhindern und Angebote für Betroffene und Fachkräfte des Hilfesystems nachhaltig zu implementieren?

Digitale Gewalt und Straftaten nehmen zu – von Cyberstalking, Cybermobbing über Cybergrooming bis hin zu Hass und Bedrohungen im Netz. Diese Formen von Gewalt müssen konsequent verfolgt und bekämpft werden. Das Hilfesystem braucht Schulung und technischen Schutz. Fachkräfte werden im Umgang mit digitaler Gewalt geschult, die digitale Präsenz von Strafverfolgungsbehörden und Aufsichtsbehörden ausgebaut und um digitale

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Beratungsangebote ergänzt. Digitale Gewalt“ betrifft sehr viele Menschen und Frauen sind besonders häufig betroffen. Es gibt derzeit beim rechtlichen Schutz vor digitaler Gewalt Lücken. Wir unterstützen den Gesetzentwurf von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig, um den strafrechtlichen Schutz zu verbessern und den Phänomenbereich digitalisierter Gewalt insgesamt strafrechtlich klarer zu erfassen.

Es sollen drei neue Straftatbestände geschaffen werden, um Strafbarkeitslücken insbesondere im Bereich sexualisierter Deepfakes, voyeuristischer Bildaufnahmen und Rache-Pornos zu schließen und um Cyberstalking mittels GPS-Trackern zu erfassen. Um die Rechtsdurchsetzung für Betroffene zu erleichtern, werden zudem Online-Plattformen und Internetzugangsanbieter stärker in die Pflicht genommen. Darüber hinaus sind ein neuer Auskunftsanspruch zur Identität von Rechtsverletzern, gerichtliche Anordnungen zur Beweissicherung und die Möglichkeit, bei schwerwiegenden Rechtsverletzungen und Wiederholungsgefahr eine zeitweilige Accountsperre zu beantragen, geplant. Das Bundesgesetz befindet sich im parlamentarischen Verfahren und wir werden uns dafür einsetzen, dass es wie geplant beschlossen und umgesetzt wird.